

UNSERE FRAGEN	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>Was sind Ihre Pläne, um anti-arabischen Rassismus und die Diskriminierung von Frauen* mit Kopftuch, z.B. im Schuldienst, zu beenden?</p>	<p>CDU und CSU treten jeder Form von Extremismus und Rassismus entschieden entgegen. Wir haben den besorgniserregenden Entwicklungen mit der Einsetzung des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus höchste Priorität eingeräumt. Der Ausschuss hat einen umfassenden Maßnahmenkatalog verabschiedet, der restriktive und präventive Schwerpunkte enthält. Der Maßnahmenkatalog berücksichtigt auch die Stellungnahmen der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere der Migrantensorganisationen, der Wissenschaft und der Länder. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bundesregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und</p>	<p>Das Tragen eines Kopftuchs, Sikh-Turban und einer Kippa ist eine persönliche Entscheidung und als religiöses Symbol als Teil der Glaubensfreiheit durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt. Das AGG verbietet Diskriminierungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung im Arbeitsleben: Arbeitgeber*innen dürfen weder bei der Bewerbung noch im Arbeitsalltag Personen wegen ihres Glaubens zu benachteiligen. Das gilt grundsätzlich auch für Beamt*innen. Allerdings stehen sie zum Staat in einem Sonderrechtsverhältnis: Sie repräsentieren den zur weltanschaulichen Neutralität verpflichteten öffentlichen Dienst. Infolgedessen können die Grundrechte von Beamtinnen eingeschränkt werden. Durch das Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamt:innen wird keine Änderung der Rechtslage herbeigeführt. Entsprechende</p>	<p>Wir Freie Demokraten erkennen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als besondere Herausforderung an. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.</p> <p>Zudem fordern wir Freie Demokraten eine "Exzellenz-Initiative Politische Bildung" des Bundes, die besonders wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigt, finanziell fördert und zu ihrer Verbreitung ermutigt. Politische Bildung muss bereits im Sachunterricht</p>	<p>Wir GRÜNE wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen, strukturellem und institutionellem Rassismus mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch im Grundgesetz verankern, das AGG zu einem echten Antidiskriminierungsgesetz fortentwickeln, Partizipation stärken und gleiche Teilhabechancen schaffen. Diese dürfen nicht an Verboten scheitern, die etwa Frauen mit Kopftuch pauschal von öffentlichen Ämtern ausschließen. Dies gibt auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vor.</p>	<p>DIE LINKE spricht sich gegen Verbote von religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat ein wichtiges Urteil zum Schutz von muslimischen Frauen vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gefällt. In Berlin und in anderen Ländern, in denen es diskriminierende Kopftuchverbote in Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt, müssen jetzt die Konsequenzen gezogen werden. DIE LINKE fordert, auch die Diskriminierung von kopftuchtragenden muslimischen Rechtsreferendarinnen zu beenden. Wir stehen für die Selbstbestimmung von Frauen und gegen jeden Zwang - das Kopftuch zu tragen oder es abzulehnen.</p>

Organisiert von der Initiative:
UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
 ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Was halten Sie von der Forderung eine Internetsteuer für große Technikkonzerne und eine Vermögenssteuer einzuführen, um die Arbeitnehmer*innen und die Kleinunternehmer*innen, die ihren Job oder ihr Geschäft durch die Coronakrise verloren haben, zu unterstützen?

Rassismus ausleuchten. Auch lehnen wir die Diskriminierung von Frauen entschieden ab. Bei der Frage, ob Lehrerinnen ein Kopftuch in der Schule tragen können, sollten wir so vorgehen, wie bei allen religiösen Kennzeichen: Dort, wo das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin beeinträchtigt werden kann, sollte ein Verbot möglich sein. Es gilt also der jeweilige Einzelfall.

CDU und CSU lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Vermögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen belasten und somit Arbeitsplätze für alle gefährden. Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse. Wir wollen als weltweiter Vorreiter für einen fairen und gerechten

Regelungen müssen sich auch künftig an die strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts halten.

Unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat für eine interationale, historische Vereinbarung bei der Unternehmensbesteuerung gesorgt: Künftig wird es eine globale Mindestbesteuerung geben, das heißt: Auch die großen, globalen Digitalkonzerne wie Amazon und Facebook werden angemessen Steuern zahlen müssen. Wir wollen die Vermögensteuer wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Wer sehr viel Vermögen hat, muss

der Primarstufe verankert sein. Politische Bildung steht in Zeiten der Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung, Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. Dazu gehört Bildung zu Fluchtursachen, aber auch zur Befähigung, Quellen kritisch zu hinterfragen. Dies hilft Rassismus und Diskriminierung noch stärker präventiv zu begegnen.

Wir Freie Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken. Zudem wollen wir uns gemeinsam mit den USA für eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einsetzen. So sorgen wir für mehr Fairness im Wettbewerb zwischen großen internationalen Konzernen, die aggressive Steuervermeidung

Ziel unserer Steuerpolitik ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Die Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. Deshalb wollen wir GRÜNE große Vermögen von mehr als 2 Millionen pro Person nach der Pandemie bevorzugt durch eine neue Vermögensteuer für die Länder zur Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben wieder besteuern und somit mehr soziale Gerechtigkeit schaffen. Darüber hinaus wollen wir die großen Digitalkonzerne mit einer

DIE LINKE. will Quellensteuern, die effektiver sind als eine Internetsteuer. Zudem wollen wir die Extraprofiten von Krisengewinnern wie Amazon mit einer Übergewinnsteuer abschöpfen, um deren Marktmachtkonzentration entgegenzuwirken. Für Digitalkonzerne, die ihre in Deutschland erzielten Gewinne im Ausland erfassen, wollen wir ab einer festgelegten Grenze eine Quellensteuer auf die in Deutschland erwirtschafteten Umsätze einführen. Wir fordern zudem die Wiedererhebung der Vermögensteuer für Milliardäre und Multimillionäre. Durch einen Freibetrag für Privatvermögen in Höhe von einer Million Euro Nettovermögen und einen

Wettbewerb in der Digitalwirtschaft eine europäische digitale Marktordnung entwickeln und einführen – mit einem modernisierten Wettbewerbsrecht und gleichen Regeln für alle. Zu einer Marktordnung gehört auch eine faire und angemessene „Standgebühr“.

einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb werden wir unter anderem einen maßvollen, einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen einführen. Gleichzeitig wird es hohe persönliche Freibeträge geben, so dass sich die Steuerbelastung auf besonders vermögende Teile der Bevölkerung konzentriert. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögenssteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögenssteuer verschont. Steuererleichterungen für die Spitzenverdiener, wie sie CDU/CSU und FPD fordern, finden wir unmoralisch und unsolidarisch gegenüber denen, die in der Coronakrise Nachteile erlitten haben.

betreiben, und Mittelständlern.
Wir Freie Demokraten lehnen eine einmalige Vermögensabgabe ebenso ab wie die Wiederbelebung der Vermögensteuer. Beides ist für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, weil den Unternehmen Liquidität unabhängig von deren Ertragslage entzogen wird.

Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuern.

Freibetrag von 5 Millionen Euro für betriebliches Vermögen werden nur die vermögendsten zwei Prozent der Bevölkerung besteuert. Für das betriebliche Vermögen über den Freibetrag von 5 Millionen Euro hinaus greift ein progressiv verlaufender Tarif, der bei 1 Prozent startet und gleichmäßig bis zum Höchstsatz von 5 Prozent (ab einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro) verläuft.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Was tun Sie, um die antikoloniale Geschichte arabischer Länder und die arabische Sprache als 1. oder 2. Fremdsprache in den Schulen einzuführen?

Die Länder sind für die Gestaltung des Fremdsprachenunterrichts zuständig. In den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen werden meistens die Sprachen Englisch und Französisch angeboten. Darüber hinaus werden hierzulande die

Es braucht eine kritische Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit. Es gilt, verantwortungsvoll mit unserer historischen Schuld umzugehen. Dieser lange vernachlässigte Teil der Geschichte muss in unserer Erinnerungskultur als

Wir Freie Demokraten wollen den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen besser fördern. Darin sehen wir eine große Chance für die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten. Deshalb ermutigen wir die Schulen

Wir setzen uns für einen neuen, kritischen und multiperspektivischen Umgang mit der kolonialen Geschichte Deutschlands und Europas ein und wollen einen zentralen Lern- und Erinnerungsort schaffen, an dem der Opfer der Kolonialverbrechen und

Wir sehen die Mehrsprachigkeit bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als eine Bereicherung und eine Chance, die von den Schulen anerkannt und für gemeinsames Lernen genutzt werden soll. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Die

Nachbarsprachen (Dänisch, Niederländisch, Polnisch, Tschechisch) unterrichtet. Hinzukommen Angebote für Menschen mit Migrationsgeschichte (z. B. Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Türkisch) oder im Siedlungsgebiet von Minderheiten (z. B. Sorbisch bzw. Wendisch) bzw. regionalspezifisch (Friesisch, Niederdeutsch). Grundsätzlich können die Länder auch Arabisch-, Chinesischer Griechisch-Unterricht anbieten. So können Hessens Schüler ab dem Schuljahr 2023/24 erstmals Arabisch als zweite oder dritte Fremdsprache wählen. Entscheidend dabei ist, ob sich genügend Schülerinnen und Schüler für diese Sprachen interessieren.

Grundlage für Versöhnung und Partnerschaft verankert werden. Dazu muss Raum für Austausch geschaffen werden, der sowohl Fragen der kolonialen Vergangenheit thematisiert, als auch eine zukunftsweisende Partnerschaft ermöglicht. Kulturnetzwerke, Kulturplattformen und Kulturakteure sind Partner staatlichen Handelns. Der gemeinsame Auftritt zum Beispiel des Goethe-Instituts und des Institut Français zeigt, wie wir mit unseren Werten und den uns gemeinsam herausfordernden Themen wie dem Kolonialismus umgehen können. Mit Blick auf die von Deutschen verübten Kolonialverbrechen werden wir auch bundespolitisch die Entwicklung einer postkolonialen Erinnerungskultur fördern. Zu ihr gehören ein veränderter Umgang mit kolonial belastetem Sammlungsgut in Museen

und Schulträger, verstärkt herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten. Von den Ländern fordern wir klare und attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Dabei ist auch das Engagement Ehrenamtlicher besser zu nutzen und sind Lehr- und Lernwillige auch außerhalb des Schulbetriebs in Sprachkursen zusammenzubringen. Herkunftssprachlicher Unterricht hilft auch beim Erlernen der deutschen Sprache und ist damit ein Motor der Integrationspolitik.

Auch wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Im Rahmen der Schulautonomie kann der Unterricht zum Beispiel in einem modularen System organisiert und so individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler zugeschnitten werden. Zugleich erhalten die Schülerinnen und Schüler dadurch eine größere Wahlfreiheit und die Schule kann den unterschiedlichen

ihres Widerstands gedacht werden kann. Alle Schulen müssen so ausgestattet werden, dass sie deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten bestmöglich fördern können. Mehrsprachigkeit begreifen wir GRÜNE dabei als Reichtum und nicht als Defizit.

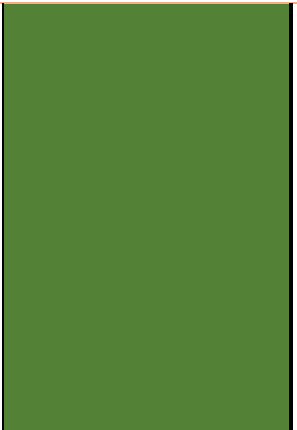
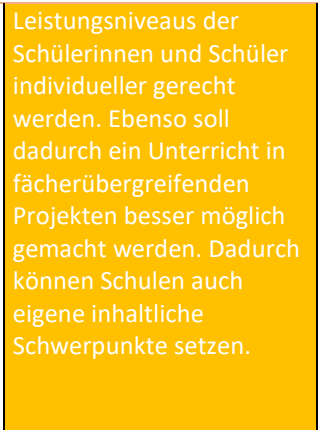
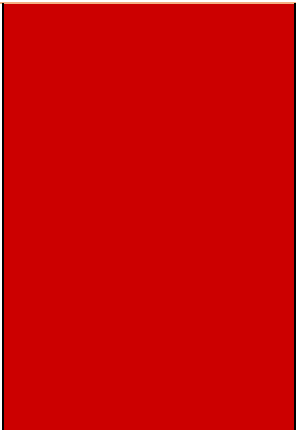
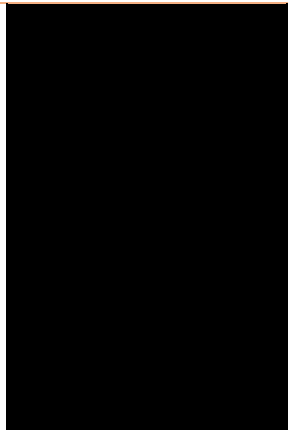
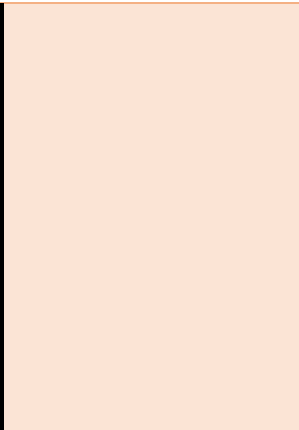
Herkunftssprache soll bei Prüfungen als erste oder zweite Sprache anerkannt werden. Wir betrachten Regional- oder Minderheitensprachen als Ausdruck des kulturellen Reichtums und fördern ihr Angebot in Schulen.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME



Welche unabhängigen Antidiskriminierungsstellen wollen Sie für Schüler*innen einrichten?

CDU und CSU setzen sich gemeinsam für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein. Wir sind uns darin einig, dass eine nachhaltige Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen und die Bekämpfung von Benachteiligungen auf allen Ebenen ein starkes Engagement auf Bundes-, Landes-, und auch kommunaler Ebene erfordern. Antidiskriminierungsarbeit muss als Querschnitts- und Daueraufgabe in allen Lebensbereichen und den alltäglichen Arbeitsabläufen präsent und integriert sein. Wir betrachten die Antidiskriminierungsstelle des Bundes als wichtiges Instrument im Kampf gegen Diskriminierung. Auch

Im Schulbereich wollen wir, dass demokratische Bildung fester Bestandteil des Schulalltags wird und Lehrpläne und die Ausbildung von Lehrkräften entsprechend überarbeitet werden. Das Erlernen eines menschenfreundlichen Zusammenlebens, von Anfang an, das ein Miteinander garantiert, in dem Diversität akzeptiert und respektiert wird, in dem Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hat, ist unerlässlich. Die Bundesregierung hat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen. Dazu gehört auch eine verstärkte Sensibilisierung für

Leistungs-niveaus der Schülerinnen und Schüler individueller gerecht werden. Ebenso soll dadurch ein Unterricht in fächerübergreifenden Projekten besser möglich gemacht werden. Dadurch können Schulen auch eigene inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Überhöhung der eigenen Gruppe oder Nation und die Herabwürdigung anderer sowie Drohungen und Gewalt verfügen niemals über eine moralische Überlegenheit. Die Schule muss ein Ort von Toleranz und Akzeptanz sein und hat den Auftrag, alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Individualität anzunehmen und bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.

Um mit Desinformation, Hatespeech und (Cyber-)Mobbing richtig und autonom umgehen zu können, müssen die (digitalen) Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Lehrkräfte müssen im Umgang mit inter- und intrareligiösem Mobbing

Wir GRÜNE wollen die Rassismus-Prävention in Kitas, Schulen und Hochschulen sowie die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte stärken. Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus sollen einen festen Platz in der Lehrer*innenausbildung und in den Lehrplänen haben. Kinder und Jugendliche müssen sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür Ansprechpersonen und Anlaufstellen zu Antidiskriminierung, Diversität, LSBTIQ* und Demokratieverständnis.

Studien belegen, dass rassistische Diskriminierung ein Problem in Bildungseinrichtungen ist. Wir setzen uns im Bundestag für ein Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen ein. Insbesondere die Mitbestimmungsrechte der Schüler:innen an den Schulen wollen wir stärken. Um angemessen auf Diskriminierungen zu reagieren, sollten schulische und Antidiskriminierungskonzepte erarbeitet werden. Da den Bundesländern die Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen in Schulangelegenheiten zukommen, sind die einzelnen Schulgesetze der Länder entscheidend für die Regelung des diskriminierungsfreien Zugangs zu Bildung, beispielsweise durch Landesantidiskriminierungsgesetze, wie es auch mit

Organisiert von der Initiative:
UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
 ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

betrachten wir es als Aufgabe von Schule, Eltern und Gesellschaft, aktiv gegen neue Formen des Cybermobbings und Cyberbullyings vorzugehen. Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder TikTok senken die Hemmschwelle, Mitschülerinnen und Mitschüler herabzuwürdigen oder zu bedrohen.

Rassismus, Antisemitismus und andere Ausgrenzungsformen in der Aus-, Fortund Weiterbildung im öffentlichen Dienst. Wir wollen stärker denn je eine moderne und zeitgemäße Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik. Wir werden konsequent gegen Rassismus und Diskriminierung vorgehen. Dafür erhöhen wir die Schutzwirkungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und stärken die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Zudem sollten zivilgesellschaftliche Akteur*innen bewusst in den Schulalltag zur politischen Bildung integriert werden.

sensibilisiert werden um in diesem Kontext gegenseitiges Verständnis zu fördern und Rassismus, Mobbing, Mehrfachdiskriminierungen vorzubeugen.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein, die Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen soll. Dort sollen insbesondere Themen wie Desinformation, IT-Sicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz, aber auch Hatespeech, Cybermobbing und Online-Sucht abgedeckt werden.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes muss personell und materiell so ausgestattet sein, dass sie auch bei Nachfragespitzen zeitnah und kompetent Auskunft geben kann, ohne ihre Arbeit in anderen Bereichen (z. B. der Telefonberatung) aussetzen zu müssen.

Zustimmung der LINKEN in Berlin eingeführt wurde.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Wie wollen Sie die Anerkennung von


CDU und CSU bekennen sich zum

Wir unterstützen die organisatorische

Wir Freie Demokraten wollen das bestehende

Der Staat darf keine Religion diskriminieren

DIE LINKE befürwortet eine Debatte über die

<p>muslimischen Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts umsetzen?</p>	<p>Kooperationsmodell zwischen Kirche und Staat und halten es für richtig, dass die islamischen Religionsgemeinschaften an dieses Modell herangeführt werden. Voraussetzung ist der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, der allen Religionsgemeinschaften offensteht, die entsprechende Voraussetzungen erfüllen. Es ist uns wichtig, dass sich ein friedlicher Islam in Deutschland so organisiert, dass er Dialogpartner von Staat und Gesellschaft sein kann.</p>	<p>Entwicklung muslimischer Gemeinden und Organisationen, wenn sie sich in Deutschland nach deutschem Recht gründen und wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung achten. Erfüllen sie die Voraussetzungen, steht ihnen auch unser bewährtes Religionsverfassungsrecht offen. Die Autonomie, die wir darin den Religionsgemeinschaften in ihrer Selbstverwaltung bieten, ist ein hohes Gut. Die Religionsgemeinschaften müssen dafür aber rechtsstaatliche Voraussetzungen erfüllen. Auf dieser Grundlage müssen wir mit allen Gesprächspartnern reden.</p>	<p>Staatskirchenrecht zu einem modernen Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln. Es soll einen passenden rechtlichen Status bieten für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen. Ziel muss es sein, dass Glaubensgemeinschaften nicht aus dem Ausland gesteuert und finanziert werden, sondern von ihren Mitgliedern in Deutschland.</p>	<p>oder ungerechtfertigt bevorzugen. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche Gleichstellung voraus. Die Pluralität und heterogene Struktur des Islams darf Muslim*innen nicht zum Nachteil gereichen. Wir GRÜNE unterstützen Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, die in keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen Bewegung und der jeweiligen Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst bestimmen.</p>	<p>Gleichberechtigung und die Institutionalisierung des Islam gemeinsam mit muslimischen Gemeinden und Verbänden. Es braucht eine rechtliche Gleichstellung als Religionsgemeinschaft</p>
<p>Organisiert von der Initiative: UNSERE STIMME ZÄHLT FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS <small>ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021</small></p>  <p>#UNSERESTIMME</p>					
<p>Wie unterstützen Sie die Forderung nach Anerkennung Palästinas als Staat, wie es bereits über 140 andere Staaten getan haben?</p>	<p>CDU und CSU treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein: mit Israel als jüdischen Staat in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat. Letztlich müssen Israel und Palästinenser selbst zu den schmerzhaften Kompromissen bereit sein, die eine dauerhaft</p>	<p>Wir sind fest davon überzeugt, dass eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung nur durch Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern auf der Grundlage internationaler Verträge erreicht werden kann.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns unvermindert für eine Fortsetzung des deutschen und europäischen Engagements im Nahen Osten und eine Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses ein. Dabei bleibt die Sicherheit und das Existenzrecht</p>	<p>Wir GRÜNE halten die 2-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967 für die einzig realistische und international konsensfähige Option zur Beilegung des Konflikts. Dies beinhaltet auch die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und</p>	<p>DIE LINKE unterstützt diese Forderung. Unsere Bundestagsfraktion hat genau dieses in einem Antrag formuliert (19/3906), den sie vor drei Jahren eingebracht hat. Darin heißt es: "Um Sicherheit und ein Leben in Frieden sowohl für die Bevölkerung des Staates Israel als auch der Palästinenserinnen und Palästinenser in den seit nunmehr über 50 Jahren von</p>

tragfähige Friedenslösung mit sich bringt. Die internationale Gemeinschaft, etwa das Nahost-Quartett bestehend aus den USA, der EU, Russland und den Vereinten Nationen kann und soll den Friedensprozess begleiten und absichern. Sie kann jedoch bilaterale Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nicht ersetzen. CDU und CSU wollen, dass Deutschland und Europa dazu beitragen, die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Israels als jüdischer und demokratischer Staat für uns Staatsräson und damit Grundpfeiler einer liberalen Außen- und Sicherheitspolitik. Israels Recht auf Verteidigung seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes gegen islamistischen Terrorismus ist für uns selbstverständlich. Wir treten für eine verhandelte Zweistaatenlösung als den bislang einzigen Weg ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des demokratischen Staates Israel zu garantieren und andererseits die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu ermöglichen. Deshalb sehen wir mögliche Schritte, Teile des Westjordanlandes völkerrechtswidrig zu annektieren, mit Sorge. Das würde die Möglichkeit gefährden, im Rahmen von zukünftigen Verhandlungen eine Zweistaatenlösung zu erreichen und umzusetzen. Gleichzeitig muss es das klare Ziel sein, einen künftigen palästinensischen Staat auf der Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzubauen. Die fehlende demokratische Legitimation der

demokratischen Staates Palästina in friedlicher Nachbarschaft mit Israel. Völkerrechtswidriger Siedlungsbau läuft diesem Ziel entgegen. Deutschland und die EU sollen sich zusammen mit den USA dafür einsetzen, dass zur friedlichen Lösung des Konflikts wieder multilaterale Verhandlungen aufgenommen werden.

Israel besetzten Gebieten zu gewährleisten, ist die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten geboten: mit einem sicheren, demokratischen und von allen Nachbarn anerkannten Israel und einem lebensfähigen, unabhängigen, demokratischen Staat Palästina in den Grenzen von 1967, in guter vertrauensbildender Nachbarschaft. Die Anerkennung Palästinas als Staat durch die Bundesregierung wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung." Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Staat Palästina anzuerkennen, vollwertige diplomatische Beziehungen aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass Palästina als Vollmitglied der Vereinten Nationen aufgenommen wird.



#UNSERESTIMME

Organisiert von der Initiative:
UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Wie wollen Sie das 1,5 Grad-Ziel einhalten, um die Klimakrise zu verhindern?

CDU und CSU setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaffen wir unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten. Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Unser Ziel ist, die

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Unsere Politik richtet sich nach dem Klimaabkommen von Paris. Unser Ziel ist ein Klimaneutrales Deutschland spätestens 2045. Damit das gelingt müssen wir unseren Alltag, unser Arbeiten und unser Wirtschaften verändern. Gute Klimaschutzpolitik funktioniert nur, wenn sie Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft findet. Darum haben wir alle im Blick: Diejenigen, die vorneweg gehen, genauso wie die, die durch die Veränderungen verunsichert sind. Wir

derzeitigen Palästinenserführung sowie die eklatanten Menschenrechtsverletzungen sind hierfür bereits ein Hindernis. Auch muss regelmäßig geprüft und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, dass Hilfszahlungen von Deutschland und der EU an die palästinensische Autonomiebehörde nicht direkt oder indirekt zur Finanzierung von Gewalt oder Terrorismus missbraucht werden können.

Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO2 speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien und können die Pariser Klimaziele zuverlässig erreichen. Der Weg kann und muss in

Wir GRÜNE werden ein Klimaprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren wirksam wird. Wir wollen 100 Prozent Erneuerbare bis 2035 und den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen. Wir wollen den CO2-Preis anheben und über ein Energiegeld einführen. Wir wollen das Klimaziel für 2030 auf minus 70 Prozent anheben und auf EU – Ebene setzen wir uns für ein ambitioniertes „Fit for 55“ Paket ein. International wollen wir Klimapartnerschaften mit anderen Ländern eingehen, um auf den 1,5 Grad Pfad zu gelangen.

Klimagerechtigkeit ist ein Grundpfeiler LINKER Politik. Dies bedeutet, dass Deutschland als ein Hauptverursacher der Klimakrise den Ausstoß an Treibhausgasen schnellstmöglich absenken und Staaten des Globalen Südens bei Klimaschutz und Anpassung unterstützen muss. Als Beitrag zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels muss Deutschland bis 2035 klimaneutral werden. Dafür wollen wir bis spätestens 2030 u. a. den Kohleausstieg vorziehen, Neuzulassungen und Exporte von Pkw mit Verbrennermotor verbieten, den ÖPNV flächendeckend und barrierefrei ausbauen und die Fahrpreise deutlich absenken, um so die die Zahl der ÖPNV-Nutzer*innen zu verdoppeln (im Vergleich zu vor Corona). Unser Ziel ist der solidarisch

Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO2-Neutralität erreicht wird.

haben den Atomausstieg umgesetzt und den Ausstieg aus der Kohle organisiert. Jetzt ist der entschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien die wichtigste industrie- und klimapolitische Aufgabe unserer Zeit. Wenn uns das gelingt, werden uns andere Länder folgen. Dazu wollen wir unter anderem eine umfassende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, der Ausbau der Leitungen und der Windparks auf See (Offshore) und eine Ausweisung von 2% der Landesfläche in allen Bundesländern für mehr Windkraft an Land. Zugleich investieren wir in klimafreundliche Alternativen. Wir treiben den Aus- und Aufbau von Infrastruktur voran und fördern Umstiege auf klimafreundliche Alternativen. Wir sorgen für Übertragungsnetze, Wärmenetze, Wasserstoffpipelines, Schienen, ÖPNV, Radwege, Ladesäulen, usw. Hier geht es um richtige Pläne, Bauen, Genehmigen, Machen. Damit das zügig gelingt, sorgen wir dafür, dass auch der Staat schneller

Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet, wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO2-Preis haben.

finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle. Mit einem Industrie-Transformationsfonds über 20 Milliarden Euro pro Jahr wollen wir den notwendigen ökologischen Umbau in der Industrie unterstützen. Die von Deutschland zugesagten Mittel für die Länder des Globalen Südens sind auf jährlich 8 Mrd. Euro bis 2025 zu verdoppeln. Wir brauchen zudem eine klimagerechte Handelspolitik, die Naturzerstörung und Ausbeutung in den Partnerländern verhindert statt befördert.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME

Unsere dt.-arab. Forderungen findet ihr unter: unserestimmezaehl.de

		<p>und besser wird. WIR müssen aber auch unsere globalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen verstärken.</p>			
<p>Wie wollen Sie den Familiennachzug für Einwanderer und Geflüchtete vereinfachen und ihnen und anderen sog. Drittstaatenländern das Wahlrecht ermöglichen?</p>	<p>CDU und CSU wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Grundsätzlich gilt, dass anerkannte Flüchtlinge einen Anspruch auf den Nachzug ihrer Kernfamilie haben. Eine Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Regelungen hinaus lehnen wir ab. CDU und CSU lehnen auch ein Wahlrecht für Drittstaatenausländer ab. Die aktive und passive Teilnahme an Wahlen setzt die deutsche Staatsangehörigkeit voraus. Das Wahlrecht soll nur für diejenigen gelten, die sich für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entschieden haben.</p>	<p>Integration klappt am besten mit der Familie. Geflüchtete sollen wie andere Menschen auch mit ihren Familien zusammenleben können. Wir wollen das Grundrecht auf Einheit der Familie wahren und allen Schutzberechtigten das Zusammenleben mit ihrem oder ihrer Ehepartner*in und ihren Kindern ermöglichen. Eltern sollen sich nicht länger zwischen ihren Kindern in Herkunfts- oder Transitländern und in Deutschland entscheiden oder aufteilen müssen. Dazu wollen wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen. Jeder, der bei uns lebt, soll das Recht haben, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeitsverbote werden wir abschaffen. Gerade diejenigen, die hier leben, sollten ihr direktes</p>	<p>Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat sich dafür eingesetzt, dass der Familiennachzug zu Menschen mit subsidiärem Schutz möglich sein soll, wenn es sich um einen Härtefall handelt, der sowohl in der Person des nachzuholenden Angehörigen als auch in der Person des subsidiär schutzberechtigten begründet sein kann, wenn die Person gut integriert und in der Lage ist, nicht nur sich selbst, sondern auch die nachzuholenden Familienangehörigen selbst zu versorgen, oder den Familienangehörigen im Aufenthaltsstaat eine ernsthafte Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit droht. Eine Kontingentierung lehnen wir ab.</p> <p>Darüber hinaus hat für uns der Familiennachzug von Erziehungs- bzw. Sorgeberechtigten Priorität. Denn Kinder und Heranwachsende bedürfen der Fürsorge ihrer Eltern.</p>	<p>Wir wollen die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufheben. Menschen mit subsidiärem Schutzstatus sollen Angehörige ohne Beschränkungen nachholen und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Den Geschwisternachzug wollen wir GRÜNE wieder ermöglichen. Wer hier dauerhaft lebt, soll an Wahlen, Abstimmungen und anderen demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilnehmen, in einem ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.</p>	<p>DIE LINKE im Bundestag setzt sich in zahlreichen parlamentarischen Initiativen dafür ein, den verbliebenen Angehörigen schnellstmöglich und unbürokratisch eine Einreise zu garantieren. Wegen der CoronaPandemie dürfen nicht genutzte Aufnahmekontingente beim Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten nicht verfallen. Wir fordern, wenn die Einreise wieder möglich ist, sollten zum Ausgleich deutlich mehr als 1.000 Visa pro Monat erteilt werden, denn das Recht auf Familiennachzug muss uneingeschränkt gelten - auch für »subsidiär« Schutzberechtigte. Bei unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten muss es ein Recht auf Nachzug der Geschwisterkinder geben. DIE LINKE fordert das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wenn sie das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und bereits seit mindestens fünf Jahren hier</p>

Organisiert von der Initiative:
UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ARGFÖRDNFTFNHAI ISWAHI 2021



#UNSERESTIMME

Unsere dt.-arab. Forderungen findet ihr unter: unserestimmezaehl.de

Lebensumfeld in den Kommunen politisch mitgestalten können. Politische Partizipation ist ein Teil der Integration; daher fordern wir gleiche Pflichten und Rechte für alle rechtmäßig in den Kommunen lebenden Menschen. Das umfasst auch das kommunale Wahlrecht.

Eine Verbesserung des Familiennachzugs für Geschwister wäre im Rahmen eines neuen umfassenden Einwanderungsgesetzbuch es zu regeln. Nötig ist eine Balance zwischen Möglichkeit und Menschlichkeit. Es darf nicht vernachlässigt werden, dass die vorhandenen Kapazitäten zur Integration begrenzt sind und durch eine Ausweitung des Kreises der Nachzugsberechtigten weit er belastet werden. Wo Integration nicht mehr gelingt, leidet die Integrationsbereitschaft unserer Gesellschaft insgesamt.

Als Freie Demokraten fordern wir daher Einwanderinnen und Einwanderer einen vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit nach insgesamt vier Jahren - damit verbunden ist dann das Wahlrecht auf allen politischen Ebenen.

leben. Dazu wollen wir das Grundgesetz, das Bundes- und Europawahlgesetz den Anforderungen einer demokratischen Migrationsgesellschaft anpassen, unter Wahrung des demokratischen Rechtsstaats.

Organisiert von der Initiative:

UNSERE STIMME ZÄHLT
FÜR TEILHABE & ANTIRASSISMUS
ZUR BUNDESTAGS- & ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021



#UNSERESTIMME